



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/41 - 18.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Saar-Hoffmann in Schwierigkeiten	S. 1
Wenn de Gasperi stürzen sollte ...	S. 3
Glosse: Verlustgeschäft	S. 5
Unsauberkeiten in der "FAZ"	S. 6

Neue Parteien an der Saar ?

Von unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Anfang Februar haben 17 Personen bei der Regierung Hoffmann in Saarbrücken den Antrag auf Zulassung einer saarländischen CDU gestellt. Nach Eingang dieses Antrages wurde vom Informationsamt der Saar-Regierung zunächst die Einfuhr einiger deutscher Zeitungen an die Saar verboten, die den Zulassungsantrag abgedruckt hatten. Die Gründer sagen darin, daß sie auf dem Boden der Saar-Verfassung stehen, aber eine offene Erörterung der Fragen wünschen, deren endgültige Regelung gemäß der Präambel dieser Verfassung dem Friedensvertrag vorbehalten ist. Sie berufen sich dabei insbesondere auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Diese Formulierungen und die Tatsache, daß die den Bistümern Trier und Speyer angehörenden katholischen Geistlichen des Saargebietes, deren reservierte Haltung gegenüber Saar-Hoffmann kein Geheimnis ist, stark zu der neuen Partei tendieren, läßt erkennen, daß es Hoffmann nicht gelang, seine trojanischen Pferde in das Gründungskomitee der CDU zu entsenden. Seine Bestrebungen, nach der Wahl zum Saarlandtag im Herbst dieses Jahres einen Koalitionspartner zu finden, dürften damit als endgültig gescheitert betrachtet werden.

Nun haben die Antragsteller die Saar-Regierung in große Verlegenheit gebracht, weil die Zulassung von Parteien nicht in ihren Machtbereich fällt, sondern nach wie vor lediglich durch den

Herrn Botschafter Grandval entschieden werden kann. Saar-Hoffmann wurde zwar von der französischen Regierung das Recht eingeräumt, die DPS im Frühjahr 1951 zu verbieten, obwohl auch diese Partei vom früheren Militärgouverneur Grandval genehmigt war, aber er hat bis zum heutigen Tag nichts unternommen, um demokratische Verhältnisse zu schaffen. Deshalb wurde jetzt seine Zeitung, die "Saarländische Volkszeitung", in ihrer Ausgabe vom 12. Februar zu dem folgenden peinlichen Eingeständnis veranlaßt: Die bisher im Saarland bestehenden politischen Parteien wurden von der seinerzeitigen Militärregierung zugelassen. Ein Gesetz, wie es in dem Vereinsgesetz über die Zulassung politischer Parteien vorgesehen ist, wurde noch nicht vom Landtag verabschiedet. Infolgedessen besitzt die Regierung des Saarlandes u.W. noch gar keine Rechtsgrundlage für eine Entscheidung über den gestellten Antrag. Sie wird in derselben Schwierigkeit sein, wenn weitere Anträge auf Parteigründungen bei ihr eingingen".

Nun liegt dem Saar-Landtag bereits seit geraumer Zeit ein Parteienzulassungsgesetz vor. Es sieht jedoch vor, daß für die Zulassung einer neuen Partei eine absolute Mehrheit im Landtag erforderlich ist. Herr Hoffmann glaubt also, sich schützen zu können, indem er die Konkurrenz über die Zulassung einer neuen Partei entscheiden läßt. Es dürfte selbstverständlich sein, daß ein solches Verfahren von keinem Demokraten gebilligt werden kann, weil es ebenso wie das Monopol Grandvals eine wahre Meinungsbildung der Saar-Bevölkerung verhindern würde. Wie an der Saar bekannt wurde, besteht auch in anderen Gruppen der Bevölkerung die Absicht, durch Gründung von Parteien, die den deutschen Standpunkt in der Saarfrage vertreten, der CVP und der SPS entgegenzutreten.

Herr Hoffmann und die übrigen fankophilen Politiker an der Saar wissen, daß die Zulassung solcher Parteien für sie den politischen Selbstmord bedeuten würde. Sie werden deshalb mit allen Mitteln dagegen ankämpfen. An der Saar sieht man eine Möglichkeit zur Parteiengründung nur dann, wenn Hoffmann und Grandval durch den Druck des Auslandes gezwungen werden, von ihren undemokratischen Methoden abzulassen. Diese Tatsache läßt der Sitzung des Ministerausschusses des Europarates, die im März in Paris stattfinden wird, und in deren Verlauf Bundeskanzler Dr. Adenauer die Frage der demokratischen Freiheiten an der Saar ansprechen will, eine besondere Bedeutung zukommen. Wir können im Interesse der deutsch denkenden Saar-Bevölkerung nur wünschen, daß Herr Adenauer in dieser entscheidenden Frage mehr Festigkeit an den Tag legt, als das in der Vergangenheit bei seinen Verhandlungen mit den Westmächten der Fall war.

Der weltliche Arm des Papstes

V.Sch.Rom - Mitte Februar

Der Vatikan ist um die politische Entwicklung in Italien wieder einmal besorgt, fast ebenso sehr wie vor vier Jahren, als es bei den Parlamentswahlen darum ging, ob Italien den Weg der Tschechoslowakei oder der westlichen Kultur beschreiten würde. Das Konkordat von 1927 verbietet zwar dem Vatikan, und der Kirche überhaupt, in die innere Politik des Landes einzugreifen, aber in Krisenzeiten wie den heutigen besteht dieses Verbot nur in der Theorie. Es wird in der Praxis durch die Aktivität der Katholischen Aktion umgangen, die zwar keine politische Partei ist, und es nicht sein will, die aber weit mehr als die Christlich-Demokratische Partei und auch mit viel stärkeren organisatorischen und finanziellen Mitteln für die Wahrung der katholischen Belange seit jeher in den politischen Kampf ständig eingreift.

In diesem Zusammenhang hat die kürzlich durch den Papst erfolgte ~~Ernennung~~ **Ernennung** des bisherigen zweiten Vorsitzenden der Katholischen Aktion, Professor Luigi Gedda, zum ersten Vorsitzenden anstelle des etwas farblosen Rechtsanwalts Veronese (sechs Monate vor Ablauf seiner Amtszeit) berechtigtes Aufsehen erregt. Denn Gedda ist als eine viel energischere, ja sogar fanatische Persönlichkeit bekannt. Bezeichnend für seine Einstellung ist ein Satz, mit dem er soeben eine Papstrede kommentierte: "Wir sind in den letzten 500 Jahren seit der protestantischen Rebellion sehr tief gesunken..."

Der Biologieprofessor Gedda - übrigens ein Gelehrter von Ruf, der vor nicht allzu langer Zeit ein Standardwerk über das Problem der Zwillinge verfaßt hat - zählt schon seit langem zu den einflussreichsten Beratern des Papstes in Fragen der italienischen Politik. Er gehört zu den wenigen Auserwählten, die bei ihm ständigen Zutritt haben.

Gedda war es, der vor den Wahlen von 1948 jene "Bürgerkomitees" ins Leben rief, die damals und seither Italien mit meistens sehr geschickten und wirksamen antikommunistischen Plakaten überschwemmt haben. Sogar die kommunistische Propaganda, deren Moskauer Geldgeber aus dem Vollen schöpfen, ist durch diese großzügige Aktion überflügelt worden. Bisher kam die Propaganda der Katholischen Aktion fast

ausschließlich den Christlichen Demokraten zugute. Das genügt aber dem Vatikan nicht mehr. Denn die italienische Regierungspartei geht offenkundig schweren Wahlverlusten entgegen, von denen in erster Linie Parteien der äußersten Rechten, die Monarchisten und die Neofaschisten der M.S.I., profitieren werden. Nach den Wahlen in einem Jahre wird vielleicht ein Koalitionsproblem entstehen, das unter der jetzigen Führung der Christlich-Demokraten kaum zu lösen sein würde.

Die Ernennung Geddas bedeutet daher eine demonstrative Distanzierung der Katholischen Aktion - und damit auch des Vatikans - von den Christlich-Demokraten, und insbesondere von ihrer jetzigen Parteilührung. Distanzierung ist nicht gleichbedeutend mit Ablehnung oder gar mit Kampf. Dafür ist der Vatikan viel zu vorsichtig. Aber er baut vorsorglich vor. Er will, daß die Katholische Aktion ihre Mittel und ihre Hilfe auch anderen Parteien zugutekommen lasse, die im Kampf gegen den Bolschewismus erfolgreich sein können, und zugleich der Kirche freundlich gegenüberstehen, also z.B. den Monarchisten (für die der aristokratische Pius XII. stets viel übrig hatte) und eventuell auch den Neofaschisten, besonders wenn sie sich "koalitionsfähig" entwickeln.

Als Bischof von Rom ist der Papst um den Ausgang der Gemeindevahlen in der Hauptstadt, die in spätestens drei Monaten stattfinden werden, besonders besorgt. Gerade dort dürfte angesichts der zu erwartenden christlich-demokratischen Verluste das Koalitionsdilemma bei der Wahl des Bürgermeisters und des Stadtrates noch in diesem Frühjahr entstehen. Daher wollte der Papst den Ablauf der Amtszeit des bisherigen Vorsitzenden der Katholischen Aktion nicht abwarten und setzte Professor Gedda schon jetzt ein. Die katholische Kirche will bereits jetzt die Türen nach der äußersten Rechten öffnen.

In manchen Auslandszeitungen ist dieser Vorgang in etwas vereinfachter und sensationeller Form aufgemacht worden: Gedda wird als der "kommende Mann" und als der Nachfolger de Gasperis auf dem Ministerpräsidentenposten hingestellt. Sicher ist, daß sich Gedda und de Gasperi schon seit langem sehr kühl gegenüberstehen, und daß der Professor dazu beigetragen hat, den Papst gegen den Ministerpräsidenten, der ihm offensichtlich zu sehr "links" steht, zu beeinflussen. Einstweilen ist aber Gedda nicht einmal Abgeordneter und selbst wenn er es werden sollte - aber von welcher Partei könnte er sich aufstellen lassen, ohne den überparteilichen Charakter der Katholischen Aktion zu gefährden? - würde er als parlamentarischer Neuling nicht mit der Regierungsbildung beauftragt werden können. Einstweilen dürfte er sich also weiter mit der Rolle der "grauen Eminenz" begnügen und, allerdings mit stärkerer Autorität als bisher, der weltliche Arm des Papstes in Italien sein.

Verlustgeschäft

"Die einsichtigeren Staatsmänner der Alliierten wissen, daß sie heute den Deutschen noch Dinge zugestehen können, die den Besiegten des zweiten Weltkrieges morgen fast von selber in den Schoß fallen werden", schrieb dieser Tage eine weithin bekannte schweizer Wochenschrift.

Die Meinung ist sicher richtig. Wenn sich diese einsichtigeren Staatsmänner gegenüber den weniger einsichtsvollen durchsetzen könnten, würde viel Zeit gewonnen, und Konfliktstoff vermieden werden. Wer kann aber auch in einer solchen Situation ernsthaft erwarten, daß die Deutschen für Dinge, "die ihnen morgen fast von selber in den Schoß fallen", heute hohe und höchste Preise zahlen wollen? Das kann nur tun, wer aus der bisherigen Politik der Bundesregierung immer neue Hoffnung in der Richtung zieht, es würde schon noch dieses oder jenes an verewigter Besatzungspolitik heraus schauen, sobald man sich nur tüchtig der unausweichlichen Entwicklung entgegenstemmt.

Dabei wird nur die alte Erfahrung übersehen, daß Zugeständnisse, die offenkundig widerwillig, zu spät und nur unter dem Druck einer ohnehin sichtbar gewordenen Zwangsläufigkeit gemacht werden, ihren psychologischen und oft auch ihren praktischen Wert fast immer verlieren. Der vermeintliche Vorteil des Augenblicks hat sich in solchen Fällen auf die Dauer noch immer als ein Verlustgeschäft erwiesen.

-u.

x

Ein Botschafter wird überwacht

Robert Coulondre, der in den dreißiger Jahren französischer Botschafter in Moskau war, würde wie alle Ausländer in Rußland ständig überwacht: Wo er auch ging, stets folgten ihm zwei aufmerksame Männer. Sie machten es diskret, aber sie waren stets da. Eines Tages, so erzählt Coulondre in seinen Erinnerungen aus der Moskauer Zeit, fuhr er hinaus an die Moskwa, ging an der Böschung spazieren, setzte sich ins Gras, um den schönen Tag zu genießen. Nach einer Weile erhob er sich und ging weiter. Da merkte er, daß er seinen Hut irgendwo an der Böschung habe liegen lassen. Er ging zurück, ihn am Ufer zu suchen.

Die beiden treuen Trabanten vermuteten aber, der Botschafter wolle nun baden gehen, zogen sich schleunigst aus und sprangen ins Wasser. Da fand Coulondre seinen Hut, eilte zu seinem Wagen, rief dem Chauffeur zu: "Mit Vollgas nach Moskau!" - und sauste ab.

Die beiden Beschützer sprangen in toller Hast aus dem Wasser, rannten zu ihrem Auto und machten sich, nackt, völlig nackt, an die Verfolgung des Botschafters. Der eine konnte sich zwar im Wagen wieder anziehen, der andere aber, der am Steuer, mußte darauf warten, bis sie endlich das Haus erreichten, vor dem der Wagen des Botschafters friedlich parkte.

rgh

+ + +

Unsauberkeiten in der FAZ

rd. Mit einigen Erstaunen stellen wir fest, daß es die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrer Nr. 40, vom 16.2.52, für nicht unter ihrer Würde hält, sich in der Debatte um Sozialisierung und Mitbestimmung einer ausgesprochen demagogischen Polemik zu bedienen. Unter dem Titel "...Kohle und Stahlkollektiv" finden wir folgende Sätze:

"Aber das deutsche Volk hatte weder die Programmerkfüllung des braunen Sozialismus vergessen, noch hatte es die Wirtschaftspolitik der seit 1946 überall amtierenden sozialdemokratischen Landeswirtschaftsminister und des als Leiter des Zweizonenwirtschaftsamtes tätigen Gewerkschaftlers Agartz aus der Erinnerung verloren. Es sah dagegen den frischen Wind der Erhardschen Wirtschaftspolitik. Über 70 % des deutschen Volkes verhinderten daher mit und ohne Stimmzettel, daß wieder eine sozialdemokratische Partei ans Ruder kam".

W.O. Reichel, dem hier die "FAZ" nicht zum ersten Male Raum gegeben hat, versucht also in offenkundig diffamierender Absicht, den "braunen Sozialismus" mit dem Bemühen der Gewerkschaftler und Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit in Gedankenverbindung zu bringen, die sich unter Aufbietung aller ihrer Kräfte bemühten, wieder einige Ordnung in die völlig verfallene, desorganisierte deutsche Wirtschaft zu bringen, die arbeiten mußten unter den Belastungen der Demontagen, Restitutionsen, der Mangellage an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Kapital und die insbesondere der kompensationswütigen Unvernunft gerade der privaten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft ohne jede Exekutivmittel gegenüber standen. Es wäre möglich gewesen, daß man sich in Düsseldorfer Industriekreisen nach den Verdiensten eines Nötling in der Demontagefrage erkundigte; allein das hätte einen solchen unsauberen Angriff unmöglich machen sollen.

Wenn man sich aber schon einmal, in fälschender Überbetonung der Wirkungsmöglichkeiten eines Landeswirtschaftsministers auf die gesamte Wirtschaftspolitik, über die Sozialdemokraten erregt, so ist wohl die Frage erlaubt, was denn die nunmehr fast überall amtierenden Minister der Regierungskoalition für besondere Erfolge in

diesem Sektor aufzuweisen haben? Ist die Arbeitslosigkeit inzwischen geringer, die Versorgung mit Kohle, Stahl, Kapital seither besser geworden? Ist nun mehr remontiert, ausreichend Energie vorhanden, usw., usw.? Wir erheben keinen Vorwurf, denn wir kennen den geringen Einflußbereich dieser Minister. Aber daß gerade ihnen in diesen entscheidenden Wirtschaftsproblemen kein Erfolg beschieden war, ja, daß sich manche Engpässe seither nicht erweiterten, sondern sogar verengten, kennzeichnet doch wohl am treffendsten das Versagen der zentralen Wirtschaftspolitik, des "frischen Windes" des Herrn Erhard, den im Grunde nur er und seine Anhänger künstlich erzeugen.

Beschämend aber sollte für den Autor in der "FAZ" die Wendung sein, das deutsche Volk habe verhindert, daß "wieder" eine sozialdemokratische Regierung ans Ruder kam - benutzt in unmittelbarem Zusammenhang und bewußter Gedankenverbindung zu dem anderen Wort vom "braunen Sozialismus". Das ist einfach demagogisch, denn auch Herr Reichel weiß, daß es die letzte sozialdemokratische Regierung in Deutschland vor 30 Jahren gab. Die "FAZ" sollte es unter ihrer Würde halten, mit solchen Mitteln zu arbeiten.

+ + +

SPD-Tagungen Freitag bis Sonntag

(sp) Am Freitag und Sonnabend, dem 22. und 23. Februar, findet in Bonn eine Sitzung des Parteivorstandes der SPD statt. Im Vordergrund stehen Fragen der allgemeinen politischen Situation, sowie Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beratungen um den Lastenausgleich, über Bemühungen um eine neue Bundestagswahlgesetzgebung, über Fragen des Südwest-Staates und der Länderreform im Zusammenhang mit der Lage des Landes Rheinland-Pfalz.

x

Am Sonntag, dem 24. Februar, werden in Bonn die Verleger und Chefredakteure sozialdemokratischer Zeitungen zu fachlichen Beratungen zusammentreten. In beiden Sitzungen wird der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, das politische Hauptreferat halten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau